

25.11.2010
UHH/SPPräs

Fon (040) 450 204 -39 Fax (040) 450 204 -47
E-Mail: stupa@uni-hamburg.de Website: www.stupa-hh.de

Protokoll der 5. Sitzung des Studierendenparlamentes vom 21.10.2010

Protokoll: Katja Weiden

Anwesende: Ingo Balzereit, Dana Behrendt, Gunhild Berdal, Nadine Berger, Swantje Böttcher, Hanna Börgerding, André Dettmering, Müge Dilmaghoni, Sören Faika, Andre Feldman, David Fürcho, Moritz Gerlach, Thomas Gniffke, Aida Golghazi, Luise Günther, Phillip Hamer, Nils Hasenbanck, Martina Helmke, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sophie Kaphengst, Sergius Kirsch, Roswitha Klau-Westphal, Tim Krämer, Sabrina Lange, Daniel Lentfer, Christoph Mähl, Katharina Menrich, Florian Muhl, Sebastian Naujoks, Sèverin Pabsch, Till Petersen, Likki-Lee Pitzen, Florian Richter, Anja Riegel, Thomas Scholz, Paula Sepher, Christopher Stark, Simon Stülcken, Aleksandra Szymanski, Johanna Tensi, Jan Vahlenkamp, Katja Weiden, Dennis Wist, Aybike Yildirim

Entschuldigt: Tobias Weber; Lian Li, Florian Steen

Von 47 Parlamentarier_innen sind 43 anwesend.

Teil A

TOP 0: Formalia

1. Geschäftsbericht Präsidium

Sèverin Pabsch hält den Geschäftsbericht des Präsidiums.

Es gibt mehrere Rücktritte.

Diese sind von: Roman Puszies (LHG); Constantin Braun(Linke.SDS); Dana

Behrendt, Niklas Wallmeier, Jasmin Fischer(wiwi-liste); Fabian Schneider, Klara Wree, Johannes Cyrus, Dorothea Ney, Adina Cho, Lars Dierksen, Jasmin Agyemang, Boris Kujawski, Eylem Yildiz, Oliver Annewandter, Nihal Kantekin, Esra Öz, Julia Richter, Jochen Meyer, Habib Khenkhar, Henrike Hundertmark, Stefanie Amedick, Giulia Pieper, Bea Müller, Christiane Albrecht, Lena Bach, Dominik Demel, Carina Harder (GeiWiss); Jonas Henze (Regenbogen)

Katja Weiden ergänzt seine Ausführungen.
Florian Steen ist entschuldigt.

2. Anfragen an das Präsidium

Es gibt mehrere Anfragen an das Präsidium die von Katja Weiden und Severin Pabsch beantwortet werden.

3. Geschäftsbericht AStA

Aida Golghazi, Sören Faika, Daniel Oetzel, Sebastian Naujoks, Aybike Yildirim und Timo Hempel halten den Geschäftsbericht des AStA.

4. Anfragen an den AStA

Es gibt mehrere Anfragen an den AStA, die vom AStA nach eigenem Ermessen beantwortet werden.

GO-Antrag von Gunhild Berdal auf Wiedereröffnung der Redeliste. Thomas Scholz hält Gegenrede.

Es kommt zur Abstimmung. Es stimmen 17 dafür, 24 dagegen und es gibt keine Enthaltungen.

5. Dringlichkeitsanträge des AStA

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des AStA vor. Es wird eine Schweigeminute für die heute verstorbene Loki Schmidt beantragen. Till Petersen gibt eine persönliche Stellungnahme zu diesem Antrag ab.

Da es keine Gegenrede zu dem Antrag gibt, wird sofort eine Schweigeminute abgehalten.

Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag des AStA zum Thema „Sparpläne“ vor. Dieser wird unter TOP 1 behandelt.

6. Feststellung der endgültigen Fassung des Teils B der Tagesordnung

TOP 1: StuPa- Wahl

TOP 2: Bestätigung des/der neue Queer-Referent_in

TOP 3: Nachwahl Satzungs-, Wahl-und GO-Ausschuss

TOP 4: Antrag zur Änderung der GO

TOP 5: Antrag zum A-Ref

TOP 6: Antrag zu Studienfinanzierung
TOP 7: Antrag zum Templiner Manifest
TOP 8: Antrag zur Stärkung der pol. Arbeit der FSRe
TOP 9: Antrag Geld ist genug da
TOP 10: Antrag Anrechnung FSRe
TOP 11: Antrag Gedenken Pogrom
TOP 12: Antrag Fachschaftsvernetzung
TOP 13: Antrag Matrikelnummer
TOP 14: Antrag HVV
TOP 15: Antrag Demo Leerstand zu Wohnraum
TOP 16: Antrag Sparpaket
Top 17: Verschiedenes

Änderungsanträge:

1. TOP 11 auf TOP 6 von Thomas Gniffke
mehrheitlich übernommen
2. TOP 8,10 und 12 auf TOP 7, 8,9 von Thomas Gniffke & Thomas Scholz
mehrheitlich übernommen
3. TOP 13 zu TOP 7 hinter Pogrom von Thomas Scholz
mehrheitlich übernommen
4. TOP 11 auf TOP 7 von Thomas Scholz
zurückgenommen
5. Dringlichkeitsantrag des AStA zu Sparpaket auf TOP 1
muss nicht abgestimmt werden

TOP 1: Antrag Sparpaket AStA
TOP 2: StuPa- Wahl
TOP 3: Bestätigung des/der neue Queer-Referent_in
TOP 4: Nachwahl Satzungs-, Wahl-und GO-Ausschuss
TOP 5: Antrag zur Änderung der GO
TOP 6: Antrag zum A-Ref
TOP 7: Antrag Gedenken Pogrom
TOP 8: Antrag Matrikelnummer
TOP 9: Antrag zur Stärkung der pol. Arbeit der FSRe
TOP 10: Antrag Anrechnung FSRe
TOP 11: Antrag Fachschaftsvernetzung
TOP 12: Antrag zu Studienfinanzierung
TOP 13: Antrag zum Templiner Manifest
TOP 14: Antrag Geld ist genug da
TOP 15: Antrag HVV
TOP 16: Antrag Demo Leerstand zu Wohnraum
TOP 17: Antrag Sparpaket
TOP 18: Verschiedenes

*Abstimmung über die endgültige Fassung der Tagesordnung:
Bei einer Enthaltung angenommen.*

7. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Anwesende: Ingo Balzereit, Dana Behrendt, Gunhild Berdal, Nadine Berger, Swantje Böttcher, Hanna Börgerding, André Dettmering, Müge Dilmaghoni, Sören Faika, Andre Feldman, David Fürcho, Moritz Gerlach, Thomas Gniffke, Aida Golghazi, Luise Günther, Phillip Hamer, Nils Hasenbanck, Martina Helmke, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sophie Kaphengst, Sergius Kirsch, Roswitha Klau-Westphal, Tim Krämer, Sabrina Lange, Daniel Lentfer, Christoph Mähl, Katharina Menrich, Florian Muhl, Sebastian Naujoks, Sèverin Pabsch, Till Petersen, Likki-Lee Pitzen, Florian Richter, Anja Riegel, Thomas Scholz, Paula Sepher, Christopher Stark, Simon Stülcken, Aleksandra Szymanski, Johanna Tensi, Jan Vahlenkamp, Katja Weiden, Dennis Wist, Aybike Yildirim

Entschuldigt: Tobias Weber; Lian Li, Florian Steen

Von 47 Parlamentarier_innen sind 43 anwesend. Damit ist das Parlament beschlussfähig.

8. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Es liegen Änderungsanträge vor.

1. Änderungsantrag von Katja Weiden

Streichung des Teiles „Für den GO-Antrag stimmen 23 Parlamentarier, 16 dagegen, keine Enthaltungen.“

Einige Parlamentarier zweifeln die Abstimmung an (namentlich: Daniel Lentfer, Jonas Henze, Katja Weiden). Allerdings dient die Anzweiflung ganz offensichtlich der missbräuchlichen Anwendung zur bloßen Fortsetzung der Sitzung. Die Parlamentarier hatten dies bereits zuvor lautstark und unter massiven Geschrei gefordert. Im Sitzungsraum bricht große Unruhe aus, Geschrei beherrscht den Raum, Mitglieder des Präsidiums werden beleidigt. Die Anzweiflung der Abstimmung wird gem. § 49 GO vom Präsidium mehrheitlich zurückgewiesen“ und ersetzen durch: „Bei dieser Abstimmung fehlt die Auszählung, trotz diverser Anträge, die schon vorab vorlagen, jedoch von Teilen des Präsidiums ignoriert wurden. Dementsprechend fand kein korrekter Abbruch der Sitzung statt. Daniel Lentfer zweifelt die Abstimmung an, da er schon vorab einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt habe.

Jonas Henze zweifelt die Abstimmung an, da schon vorher eine Fraktionspause von Regenbogen genommen wurde.

Katja Weiden zweifelt die Abstimmung an, da ihr als Schriftführerin kein Abstimmergebnis vorliegt und es ihrer Ansicht nach keine Auszählung der

Abstimmung gegeben hat. Jonas Henze, Katja Weiden und Daniel Lentfer zweifeln das Abstimmungsergebnis gesamt an. Aufgrund des Fehlverhalten des Präsidenten Severin Pabsch bei der Behandlung des GO-Antrages von Timo Hempel entsteht im Sitzungsraum Unruhe. Jedoch wird ungeachtet der Zweifel an der Abstimmung die Sitzung abgebrochen“

Abstimmung über den Änderungsantrag: 19 Stimmen dafür, 21 dagegen und 2 Enthaltungen

2. Änderungsantrag von Till Petersen:
Einfügen von „_innen und Präsidiumsmitglieder“
wird übernommen

3. formale Änderungsanträge von Daniel Lentfer:
– Dennis Wist ist anwesend und entschuldigt.
– Nur Sören Faika hielt AStA Bericht.
wird korrigiert

*Abstimmung über die endgültige Fassung des Protokolls:
es gibt 23 Stimmen dafür, 18 dagegen und 0 Enthaltungen.
Damit ist das Protokoll angenommen.*

Teil B

TOP 1: Anträge Sparpaket

Es liegt ein Antrag des AStA zum Thema Sparpakete vor. Es liegt außerdem ein Alternativvorschlag von Liste LINKS, Fachschaftsbündnis, harte Zeiten – junge Sozialisten und ein weiterer Alternativvorschlag von Die Linke.SDS vor. Der Hauptantrag, sowie die Alternativvorschläge werden vorgestellt, anschließend gibt es eine Antragsdebatte. Die beiden Alternativvorschläge werden zu einem Antrag zusammengefügt. Der Alternativvorschlag befindet sich im Anhang.

Es gibt einen Kompromissvorschlag aus beiden (bzw. drei) vorliegenden Anträgen:

I. Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg spricht sich klar gegen die Sparpläne des schwarz-grünen Senats aus und verurteilt diese scharf.

II. Geld ist genug da! – Für sozialen Fortschritt statt tiefe soziale Spaltung

Hamburg ist eine der reichsten Städte Europas mit großen sozialen Unterschieden. Hier werden durch

Prestigeobjekte wie der Elbphilharmonie mit öffentlichen Mitteln große (Bau-)Konzerne

subventioniert, um mit aufwendiger Inszenierung die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft

übertünchen. Wenn nun der CDU/GAL-Senat öffentlich Verzicht predigt und eine Kürzungspolitik gegen Kultur, Bildung und Soziales „ohne Tabus“ (mit Ausnahme des

Polzeiorchester) durchziehen will, während die HochTief AG weiterhin den Tempel für

Kulturtempel in der Hafencity hochziehen darf, ist das eine weitere Unterordnung der

Bevölkerung unter das Prinzip „Hamburg – wachsende Profite“, die die Krise verschärft.

Das Hamburger Studentenwerk hat deshalb bereits angekündigt die Mensapreise zum 1.1.2011 um ca. 10% zu erhöhen. Daneben soll ab dem Wintersemester 2011/12 der von allen Studierenden zu jedem Semester erhobene Teil des Semesterbeitrags, der an das Studentenwerk geht, von derzeit 51€ auf 70€ erhöht werden. Die Lebenshaltungskosten in Hamburg sind, wie die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aufzeigt, bereits heute sehr hoch. So ist Hamburg, was die Kosten fürs Wohnen anbelangt, die zweitteuerste Stadt für Studis in Deutschland (Durchschnittsmietkosten 345€ inkl Nebenkosten). Hinzu kommt die Streichung von (Personal-)Ausgaben in der Verwaltung und die damit verbundene Umnutzung eines Teils der Studiengebühren für Verwaltungszwecke (nämlich die Verwaltung der Studiengebühren selbst). Bildung ist Menschenrecht und ist darum öffentliche Aufgabe.

Wenn Museen geschlossen werden sollen, Theater zusammengekürzt, Menschen entlassen, Kitas verteuert und Studis zur Kasse gebeten werden, ist es die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung. Es ist genau das, wovor viele Menschen seit dem Beginn der Finanzkrise gewarnt haben.

Ein besonderer politischer Skandal sind die Kürzungen bezüglich der Studiengebühren. Der Wegfall der, bei Verringerung der Studiengebühren eingeführten, Ausgleichszahlung in Höhe von ca. 1,6 Mio Euro zum Erhalt des Studiengebührenmittelniveaus bricht der Senat Versprechen, zur Legitimation der fortgesetzten Gebührenerhebung. Die Mittel sind bereits fest in der Planung

der Universität vorgesehen gewesen. Das führt zu einem Wegfall bereits eingeleiteter Maßnahmen in Studium und Lehre.

Weiterhin sollen entgegen derzeit gesetzlich festgeschriebener Regelungen, die durch Erhebung und Stundung der Studiengebühren entstehenden Verwaltungskosten inklusive der Zinsen für die Stundung, nun selbst über Studiengebühren finanziert werden. So sollen weitere 3,6 Mio. Euro der Studiengebühren zur Eigenverwaltung verwendet werden. Erneut wird damit belegt, daß mit den Studiengebühren nicht das Studium sondern die Banken finanziert werden. Damit wird den Studiengebühren jede mögliche Legitimation genommen.

Das Studierendenparlament der Universität fordert den Hamburger Senat und die Bürgerschaft zu einer politischen Kehrtwende auf. Die öffentlichen Mittel müssen ausgebaut und dafür verwendet

werden, die solidarischen Entwicklungsmöglichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung zu stärken:

- Steuerpolitisch muss die immer stärker auseinanderklaffende soziale Schere geschlossen werden.
- Die öffentlichen Aufwendungen für Gesundheit, Sozialpolitik, für alle zugängliche Kultur und Bildung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen dem realen Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

Bildung und Wissenschaft sind zentral für die demokratische Verfügung der Menschen über ihre

Lebensbedingungen. KiTa-Gebühren, Büchergeld und Studiengebühren sind daher für sozial

offene und emanzipatorische Bildung umgehend abzuschaffen.

Änderungsanträge:

1. Abstimmung von: kommerziell orientierter Kultur *oder* Kulturtempel einfügen an der Stelle „während die HochTief AG weiterhin den Tempel für „...“ in der Hafencity hochziehen darf“
Kulturtempel als Formulierung wird mehrheitlich angenommen
2. Einfügen von: Das Dogma der Ungleichheit muss überwunden werden: vor: „Steuerpolitisch muss die immer stärker auseinanderklaffende soziale Schere geschlossen werden.“

Es gibt Gegenrede von Sebastian Naujoks.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

3. Einfügen an das Ende von: „III. Das Studierendenparlament beruft eine Vollversammlung aller Studierenden für Mittwoch, den 3. 11 2010 ins Audimax ein. Hier soll über die Kürzungsvorhaben des Senats unter besonderer Berücksichtigung der Kürzungen gegen die Universität und das Studierendenwerk berichtet und diskutiert und anschließend studentische Proteste geplant werden.“

Es gibt Gegenrede von Sebastian Naujoks.

Für den Antrag stimmen 15, gegen ihn 20 und es gibt 3 Enthaltungen.

Abstimmung über den gesamten Antrag:

Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 2: StuPa- Wahl

Severin Pabsch stellt die Vorschläge des Präsidiums zur Terminplanung der StuPa-Wahl, zu den Orten der Urnen und zur Ausschreibung der Wahlhelfer_innen.

Es gibt verschiedene Änderungsanträge zum Terminplan:

Eingereicht von: Ingo Balzereit, Swantje Böttcher, André Dettmering, Luise Günther, Sophie Kaphengst, Tim Krämer, Daniel Lentfer, Katja Weiden, (CampusGrün); Nadine Berger, Roswitha Klau-Westphal, Florian Muhl, Christopher Stark, Simon Stülcken, Tobias Weber (Regenbogen/AL); Thomas Gniffke (Fachschaftsbündnis); Gunhild Berdal, Till Petersen (Liste Links); Nils Hasenbanck, Lian Li (Piraten-HSG); Constatin Braun, Martina Helmke, Florian Richter (Die Linke.SDS)

Es werden lediglich Änderungsantrag 2 und 6 abgestimmt.

1. formal:

ersetze "(Briefwahl Dezember 2009 und Urnenwahl 11.01. bis 15.01.2010)" durch " (Briefwahl Dezember 2010 und Urnenwahl 10.01 bis 14.01.2010)

2. Listenabgabe:

ersetze: "25.-29.10.2010" durch "**01.-04.2010**" und passe alle weiteren Termine dem veränderten Zeitplan an.

Es stimmen 17 dafür, 20 dagegen und es gibt eine Enthaltung.

Damit ist der Änderungsantrag und auch Änderungsanträge 3.-5.abgelehnt.

3. Losung der Listenreihenfolge:

ersetze "29.10.2010" durch "**04.11.2010**"

4. Einspruchsfrist

ersetze "02.11.2010" durch "**09.11.2010**"

5. Abgabefrist für die Listenkurzdarstellungen in der Briefwahlbroschüre:

ersetze "05.11.2010" durch "**12.11.2010**"

6. Abgabefrist für die Listenselbstdarstellungen in der Wahlzeitung:

ersetze "05.11.2010" durch "**Alternative 1: 12.11.2010
oder Alternative 2 19.11.2010**"

*Es stimmen 14 dafür, 20 dagegen und es gibt 3 Enthaltungen.
Damit ist der Änderungsantrag 6 abgelehnt.*

*Severin Pabsch gibt die veränderten Öffnungszeiten des Präsidiums bei der
Kandidaturabgabe bekannt.*

*Es kommt zur endgültigen Abstimmung über den Terminplan. Es gibt 20 Ja-
Stimmen, 13 Gegen-Stimmen und 3 Enthaltungen.*

Der Urnenplan wird von Severin Pabsch vorgestellt. Es gibt einen
Änderungsantrag. Es gibt einen Änderungsantrag von Daniel Bassen eine
weitere Urne an der Psychologie einzufügen.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

*Es kommt zur Abstimmung über die gesamte Urnenliste.
Die Vorlage wird mit vielen Enthaltungen angenommen.*

Die Vorlage zur Ausschreibung der Wahlhelfer_innen wird von Severin Pabsch
vorgestellt. Es gibt dazu einige Rückfragen.

*Es kommt zur Abstimmung über die gesamte Ausschreibung.
Die Vorlage wird mit vielen Enthaltungen angenommen.*

TOP 3: Bestätigung des/der neue Queer-Referent_in

Da Oliver Buck als Queer-Referent zurückgetreten ist, schlägt der AStA-
Vorstand Martin Schneekloth zur Bestätigung vor. Es gibt Rückfragen, die nach
Möglichkeit beantwortet werden.

Das Präsidium schlägt Wahlen per Akklamation vor, wozu es keine Gegenstimmen gibt.

Bei 3 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird Martin Schneekloth als neuer Queer-Referent angenommen.

TOP 4: Nachwahl Satzungs-, Wahl-und GO-Ausschuss

Regenbogen beantragt eine Fraktionspause von 15min um 23:03 Uhr.

EPB beantragt eine Fraktionspause von 15min um 23:18 Uhr

Juso-HSG beantragt eine Fraktionspause von 12min um 23:33 Uhr.

Regenbogen schlägt Jan Vahlenkamp von die Linke.SDS vor.
Jan Vahlenkamp stellt sich vor.

GO-Antrag von Till Petersen auf offene Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch gegen den Antrag.

Es kommt zur Abstimmung Jan Vahlenkamp wird ein einstimmig gewählt.

TOP 5: Antrag zur Änderung der GO

Katja Weiden stellt den Antrag zur Änderung der GO vor.
Es gibt keine Gegenrede.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und wenigen Enthaltungen angenommen.

TOP 6: Antrag zum A-Ref

Katja Weiden stellt die Beschlussvorlage des Ausschusses vor.
Thomas Gniffke ergänzt ihre Ausführungen aus der Minderheitenperspektive.
Anschließend gibt Saskia Mestern von der Liste Internationale Solidarität als Teil der Statusgruppe eine Stellungnahme ab.

Da es nach 24:00 Uhr ist wird die Beschlussfähigkeit überprüft.

Anwesende: Ingo Balzereit, Dana Behrendt, Gunhild Berdal, Nadine Berger, Swantje Böttcher, Hanna Börgerding, André Dettmering, Müge Dilmaghani, Sören Faika, Andre Feldman, David Fürcho, Moritz Gerlach, Thomas Gniffke, Aida Golghazi, Luise Günther, Phillip Hamer, Nils Hasenbanck, Martina Helmke, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sophie Kaphengst, Sergius Kirsch, Roswitha

Klau-Westphal, Tim Krämer, Sabrina Lange, , Christoph Mähl, Katharina Mennrich, Florian Muhl, Sebastian Naujoks, Sèverin Pabsch, Till Petersen, Likki-Lee Pitzen, Anja Riegel, Thomas Scholz, Paula Sepher, Aleksandra Szymanski, Johanna Tensi, Jan Vahlenkamp, Katja Weiden, Dennis Wist, Aybike Yildirim

Entschuldigt: Daniel Lentfer, Lian Li, Florian Richter, Christopher Stark, Simon Stülcken, Florian Steen, Tobias Weber

Von 47 Parlamentarier_innen sind 40 anwesend.

Die Änderungsanträge werden nach Sinnabschnitten vorgestellt und abgestimmt.

Änderungsanträge von Saskia Mestern und Gunhild Berdal:
Abschnitt I:

Der dritte Satz möge wie folgt geändert und ergänzt sowie der vierte Satz gestrichen werden:

Das Referat ist politisch autonom und unterliegt nur einer formalen Rechts- und Finanzaufsicht durch den AStA gemäß den Bestimmungen der Satzung der Verfassten Studierendenschaft, nicht jedoch einer Fachaufsicht.

Streichung von: „Unberührt bleibt hiervon die Berechtigung des AStA-Vorstandes zur Entlassung gemäß der Satzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Hamburg in der geltenden Fassung.“

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abschnitt II.

Die letzten vier Worte („jedoch unterschiedliche Wahlverfahren ermöglicht“) mögen gestrichen werden.

Es gibt Gegenrede von Patric Urbanek.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abschnitt § 1.

Der Titel des § 1 möge geändert werden in: „§ 1 Wahlvollversammlung“.
(Entsprechend ändert sich die Bezeichnung auch im Weiteren)

Es gibt Gegenrede von Patric Urbanek.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der erste Satz in Abs. 1 des § 1 möge wie folgt geändert und ergänzt werden: „(1) Die Wahlvollversammlung der ausländischen Studierenden tritt anlässlich der Wahl des AusländerInnenreferates zusammen. Sie bestimmt ihre Tagesordnung selbst. Bestandteil der Tagesordnung ist die Vorstellung der kandidierenden Listen und die Wahl einer Wahlkommission.“

Es gibt Gegenrede von Patric Urbanek.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der vierte Abs. des § 2 möge in der vorliegenden Form gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt werden: „Im Anschluß an die Wahl der Wahlkommission stellen die kandidierenden Listen sich und ihr Programm vor und können durch die Versammlung befragt werden. Mit Abschluß dieses Tagesordnungspunktes ist die Liste der kandidierenden Listen geschlossen.“

Es gibt formale Gegenrede von Katja Weiden.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der zweite Abs. des § 2 möge wie folgt geändert werden: „Die Wahlvollversammlung beschließt über die Zahl der Mitglieder der Wahlkommission. Es kann nur ein Mitglied pro kandidierender Liste in die Wahlkommission gewählt werden.“

Es gibt formale Gegenrede von Katharina Mennrich.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Abs. 1 und 2 des § 3 (Aktives und passives Wahlrecht) werden gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt: „Das aktive und passive Wahlrecht haben alle Studierenden der Universität Hamburg mit Migrationshintergrund.“

Es gibt Gegenrede von Katja Weiden.

Es gibt einen **GO-Antrag** von Till Petersen auf 2 weitere Pro- und Contra-Beiträge. Es gibt Gegenrede von Katja Weiden.

Es kommt zur Abstimmung. Der GO-Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

In § 4 (Ablauf der Wahlen) wird der zweite Satz wie folgt ergänzt: „Sie dauert drei Tage und ist spätestens eine Woche vor Beginn umfassend universitätsöffentlich bekannt zu machen.“

Es gibt formale Gegenrede von Moritz Gerlach.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

In § 4 wird der letzte Satz „Die Wählerinnen und Wähler haben ihre Wahlberechtigung gegenüber der Wahlkommission glaubhaft zu machen“ gestrichen.

Es gibt Gegenrede von Patric Urbanek.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der § 5 in der vorliegenden Form wird gestrichen und ersetzt durch folgenden neuen §: „§ 5 Bildung des ARef“ (1) Gewählt ist grundsätzlich die Liste, die die relative Mehrheit hat. Sollten zwei oder mehrere Listen zusammen mehr Stimmen auf sich vereinigen können als alle weiteren Listen und wollen sie eine „Koalition“ bilden, ist dies dem Präsidium binnen einer Woche nach der Wahl anzuzeigen. (2) Die Wahlkommission stellt fest, welche Liste oder welcher Listenzusammenschluß die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann und teilt dem AStA-Vorstand entsprechend mit, welche Referentinnen/Referenten vorzuschlagen sind. Die gewählten ReferentInnen werden dem Studierendenparlament durch den AStA-Vorstand zur Bestätigung vorgeschlagen und durch das SP bestätigt. Für die ReferentInnen gelten die Rechte und Pflichten aus der Satzung der VS. Sie regeln ihre Tätigkeit im Referat selbst.

GO-Antrag von Till Petersen auf weitere 2 Pro- und Contra-Beiträge.

Es gibt formale Gegenrede von Thomas Scholz.

Fraktionspause CampusGrün von 15min.

Fraktionspause Liste LINKS von 15min.

Es gibt einen **GO-Antrag** auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag findet die erforderliche Mehrheit.

Für den Antrag stimmen: Gunhild Berdal, Nadine Berger, Thomas Gniffke, Nils Hasenbanck, Martina Helmke, Roswitha Klau-Westphal, Florian Muhl, Jan Vahlenkamp

Gegen den Antrag stimmen: Müge Dilmaghani, Sören Faika, Moritz Gerlach, Aida Golghazi, Philipp Hamer, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sergius Kirsch, Sabrina Lange, Katharina Mennrich, Sebastian Naujoks, Likki-Lee Pitzen, Anja Riegel, Thomas Scholz, Paula Sepher, Johanna Tensi, Dennis Wist,

Enthaltungen: Swantje Böttcher, André Dettmering, Andre Feldmann, Luise

Günther, Tim Krämer, Christoph Mähl, Sèverin Pabsch, Katja Weiden

Es gibt 35 abgegebene Stimmen. Es gibt 9 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der § 6 in der vorliegenden Form wird gestrichen und ersetzt durch folgenden neuen §: „§ 6 Stimmrecht im AStA (1) Das AusländerInnen-Referat ist mit einer Stimme gleichberechtigt am AStA beteiligt. (2) Die Ausübung des Stimmrechts obliegt dem gewählten ARef-ReferentInnenteam und kann rotieren. Der AStA ist über den gewählten Modus der Ausübung des Stimmrechts in Kenntnis zu setzen.“

Es gibt Gegenrede von Katja Weiden.

Es kommt zur Abstimmung, der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

GO-Antrag von Thomas Scholz auf Unterbrechung der Sitzung.

Es kommt zur Abstimmung über die endgültige Vorlage zur Regelung des A-Refs. *Es gibt 17 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen.*

GO-Antrag von Timo Hempel auf Abbruch der Sitzung.

Ist gibt Gegenrede von Till Petersen auf Unterbrechung der Sitzung.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 7: Antrag Gedenken Pogrom

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 8: Antrag Matrikelnummer

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

GO-Antrag von Thomas Scholz auf Unterbrechung der Sitzung.

Es gibt Gegenrede von Till Petersen.

Es kommt zur Abstimmung. Es stimmen 15 dafür, 9 dagegen und es gibt 3 Enthaltungen.

Anhang:

Antrag an das Studierendenparlament der Universität Hamburg, WiSe 2010/11,

Antragsteller: Liste LINKS, Fachschaftsbündnis, harte zeiten – junge sozialisten, die Linke.SDS

Geld ist genug da! – Für sozialen Fortschritt statt obszönen Reichtum

„Effizienzsteigerungen und Einsparungen in der Verwaltung werden aber nicht ausreichen, in

Sparvolumen von einer halber Milliarde Euro zu erzielen. Deshalb werden wir nicht umhinkommen, auch Leistungen zu kürzen. Wir können nicht weiter über unsere Verhältnisse

leben. Es bleibt bei der Marschroute, dass wir wünschenswertes von Notwendigem unterscheiden

müssen. Ja, das ist hart, aber es muss sein!“

Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU), Regierungserklärung, 15. September 2010.

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,

Ich kenn auch die Herren Verfasser;

Ich weiß, sie tranken heimlich Wein

Und predigten öffentlich Wasser.“

Heinrich Heine, „Deutschland ein Wintermärchen“, 1844.

I . Erwerbslose haben ebenso wenig in Luxus geschwelgt wie die zu Gebühren verdonnerten

Studierenden oder die 25 % Hamburger Kinder die ganz offiziell in Armut leben.
Kollektive

Maßlosigkeit hat es nicht gegeben.

Vielmehr lebt eine Minderheit von Bankern, Unternehmern und Aktionären auch und gerade auf

Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung und vermehrt ihren obszönen Reichtum in der

wirtschaftlichen Krise. 20.000 Vermögens-Millionäre und 20 Milliardäre in Hamburg werden von

der Senatspolitik seit Jahren systematisch geschont und begünstigt, derweil schon eine 1-

prozentige Vermögenssteuer für 1 Mrd. Euro Mehreinnahmen für die öffentliche Hand sämtliche

Kürzungsvorstellungen vollständig obsolet machen würde. Statt dessen aber werden durch

Prestigeobjekte wie der Elbphilharmonie mit öffentlichen Mitteln große (Bau-)Konzerne

subventioniert, um mit kommerziellem Pomp die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft

übertünchen. Wenn nun der CDU/GAL-Senat öffentlich Verzicht predigt und eine Kürzungspolitik gegen Kultur, Bildung und Soziales „ohne Tabus“ (mit Ausnahme des

Polzeiorchester) durchziehen will, während die HochTief AG weiterhin den Tempel für

Kommerzkultur in der Hafencity hochziehen darf, ist das eine weitere Unterordnung der

Bevölkerung unter das Prinzip „Hamburg – wachsende Profite“, die die Krise verschärft.

Das Hamburger Studentenwerk hat deshalb bereits angekündigt die Mensapreise zum 1.1.2011 um ca. 10% zu erhöhen. Daneben soll ab dem Wintersemester 2011/12 der von allen Studierenden zu jedem Semester erhobene Teil des Semesterbeitrags, der an das Studentenwerk geht, von derzeit 51€ auf 70€ erhöht werden. Die Lebenshaltungskosten in Hamburg sind, wie die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aufzeigt, bereits heute sehr hoch. So ist Hamburg was die Kosten fürs Wohnen anbelangt die zweit teuerste Stadt für Studis in Deutschland (Durchschnittsmietkosten 345€ inkl Nebenkosten). Hinzu kommt die Streichung von (Personal-)Ausgaben in der Verwaltung und die damit verbundene Umnutzung eines Teils der Studiengebühren für Verwaltungszwecke (nämlich die Verwaltung der Studiengebühren selbst). Mal abgesehen davon, dass jegliche Bildungsgebühren falsch und abzuschaffen sind, zeigt auch diese Kürzung wie perfide verschleiert die Kosten für Bildung und öffentliche Verwaltung von der Staatsseite auf die Seite der Bevölkerung

verschoben werden.

Wenn Museen geschlossen werden sollen, Theater zusammengekürzt, Menschen entlassen, KITAS verteuert und Studis zur Kasse gebeten werden, dann kommt das nicht etwa aus dem Nichts. Es ist die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung. Es ist Bildungskürzung durch die Hintertür. Es ist genau das, wovor viele kritische Menschen seit dem Beginn der Finanzkrise gewarnt haben.

Das Studierendenparlament möge deswegen beraten und beschließen:

- die Kürzungen für das Studentenwerk sind abzulehnen und zurückzuweisen
- das schwarz-grüne Sparpaket ist in Gänze ebenso abzulehnen

Das Studierendenparlament der Universität fordert den Hamburger Senat und die Bürgerschaft zu

einer politischen Kehrtwende auf. Die öffentlichen Mittel müssen ausgebaut und dafür verwendet

werden, die solidarischen Entwicklungsmöglichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung zu stärken:

- Das Dogma sozialer Ungleichheit muss überwunden werden: Steuerpolitisch muss die systematische Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ sofort beginnen.
- Die öffentlichen Aufwendungen für Gesundheit, Sozialpolitik, demokratische Kultur und Bildung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen dem realen Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

Bildung und Wissenschaft sind zentral für die demokratische Verfügung der Menschen über ihre

Lebensbedingungen. KiTa-Gebühren, Büchergeld und Studiengebühren sind daher für sozial

offene und emanzipatorische Bildung umgehend abzuschaffen.

II. Das Studierendenparlament beruft eine Vollversammlung aller Studierenden für

Mittwoch, den

3. 11 2010 ins Audimax ein.

Hier soll über die Kürzungsvorhaben des Senats unter besonderer Berücksichtigung der

Kürzungen gegen die Universität und das Studierendenwerk berichtet und diskutiert und

anschließend studentische Proteste geplant werden.

Fortsetzung der StuPa-Sitzung vom 21.10.2010 vom 25.11.2010

Begrüßung durch das Präsidium.

Die Beschlussfähigkeit wird überprüft. Anschließend wird direkt mit dem Tagesordnungspunkt 9 begonnen.

Anwesend: Ingo Balzereit, Gunhild Berdal, André Boksberger, Swantje Böttcher, André Dettmering, Müge Dilmaghani, Sören Faika, David Fürcho, Eghbal Ghezelbash, Thomas Gniffke, Luise Günther, Philipp Hamer, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sergius Kirsch, Roswitha Klau-Westphal, Sabrina Lange, Daniel Lentfer, Christoph Mähl, Katharina Mennrich, Florian Muhl, Sebastian Naujoks, Sèverin Pabsch, Till Petersen, Florian Richter, Anja Riegel, Thomas Scholz, Müzehher Secuk, Paula Sepher, Christopher Stark, Florian Steen, Alexandra Szymanski, Jan Vahlenkamp Tobias Weber,

Entschuldigt: Nadine Berger, Anne Fischer, Aida Golghazi, Nils Hasenbanck, Martina Helmke, Sophie Kaphengst, Tim Krämer, Lian Li, Likki-Lee Pitzen, Simon Stülcken

Von 47 Parlamentarier_innen sind 35 anwesend. Damit ist das Parlament beschlussfähig.

GO-Antrag von Gunhild Berdal auf Einfügung des TOPs „Bestätigung teilautonome Referate“. Das Präsidium befindet den Antrag als für nicht zulässig.

GO-Antrag von Daniel Lentfer auf Wiedereröffnung der Tagesordnung. Es gibt formale Gegenrede von Severin Pabsch.
*Es gibt 10 Stimmen dafür, 19 dagegen und keine Enthaltungen.
Damit ist der Antrag abgelehnt.*

TOP 9: Antrag zur Stärkung der pol. Arbeit der FSRe

Till Petersen stellt den Antrag vor. Sebastian Naujoks hält die Gegenrede.

Es gibt diverse Rede- und Diskussionsbeiträge.

Änderung des Antrages vom Antragsteller:

Streichung der Sätze von „Die vom aktuellen AStA..die jüngsten Finanzrichtlinien zurückzuziehen.“ Einfügen hinter „Der AStA wird aufgefordert“ von „in Abstimmung mit den FSRen“

Abstimmung über die endgültige Fassung des Antrages.

Es stimmen 25 dafür, 2 dagegen und es gibt 9 Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 10: Antrag Anrechnung FSR

Der Antrag wird von Golnar Sefhernia vorgestellt.

Ein Alternativvorschlag von der GeiWiss-Liste wird eingebracht von Sören Faika.

„Die Fachschaftsräte sind wichtige Gremien der studentischen Selbstverwaltung und bilden die Basis für erweitertes studentisches Engagement in den Gremien der Universität.

Durch die Einführung der BA/MA-Studiensystems ist das Studieren in allen Studiengängen erschwert worden und so müssen die Möglichkeiten sich für die Interessen der Studierenden einzusetzen gestärkt werden.

Daher muss mindestens eine Regelung gefunden werden, die ermöglicht die FSR-Arbeit in BA/MA.Studiengängen anrechnen zu lassen.

Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob eine Möglichkeit existiert, dass FSR-Arbeit zur Befreiung oder verlängerten Stundung führen kann.

Für die Entwicklung der Universität ist starkes Engagement unverzichtbar und eine wesentliche Säule der universitären Demokratie.

So fordert das Studierendenparlament die Universität auf, dies im Novellierungsprozess des Hamburgischen Hochschulgesetzes zu berücksichtigen und auch später in den Fakultäten umzusetzen.“

Es folgt eine Debatte über den Antrag.

Ergänzung der Antragsteller_innen an dem eigentlichen Antrag hinter dem Teilsatz: „unverzichtbar und wesentlichen Säule universitärer Demokratie.“ von“ Sie sind deshalb als Organe der VS auch in deren Satzung verankert und durch die Fachschaftsrahmenordnung geregelt.“

Es wird darüber abgestimmt, welcher der beiden Anträge als Diskussionsgrundlage behandelt werden soll.

Es stimmen 15 für den Antrag von Liste LINKS etc., 18 für den Antrag von der GeiWiss-Liste und es gibt keine Nein-Stimme und Enthaltungen.

Es gibt Änderungsanträge von Till Petersen.

1. Streiche. „in den Gremien der Universität“, es gibt Gegenrede von Sören Faika

Abstimmung über den Änderungsantrag:

Es stimmen 15 dafür, 17 dagegen und es gibt 2 Enthaltungen.

2. Ersetze den Absatz: „Darüber hinaus“ bis „...führen kann.“ durch den letzten Absatz aus dem Antrag von Liste LINKS, harte Zeiten, FaBü, Linke.SDS von „Das Studierendenparlament fordert...“ bis „...Stundung der Studiengebühren.“

GO-Antrag von Till Petersen auf namentlich Abstimmung.

Der GO-Antrag erhält die erforderliche Mehrheit.

Für den Antrag stimmen: Ingo Balzereit, Gunhild Berdal, Swantje Böttcher, André Dettmering, Thomas Gniffke, Luise Günther, Roswitha Klau-Westphal, Daniel Lentfer, Florian Muhl, Till Petersen, Florian Richter, Jan Vahlenkamp, Tobias Weber, Katja Weiden

Gegen den Antrag stimmen: André Boksberger, Müge Dilmaghani, Sören Faika, Philipp Hamer, Timo Hempel, Vera Junkereit, Sergius Kirsch, Sabrina Lange, Katharina Menrich, Sebastian Naujoks, Sèverin Pabsch, Likki-Lee Pitzen, Thomas Scholz, Paula Sepher, Mùzehher Secuk, Paula Sepher, Florian Steen, Aleksandra Szymanski, Aybike Yildirim

Enthaltungen: David Fürcho, Christoph Mähl, Anja Riegel, Dennis Wist

Es gibt 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

3. Ersetze den letzten Absatz durch: „ So fordert das Studierendenparlament die Bürgerschaft im Novellierungsprozess des HambHG endlich anzuer

Der Antrag wird übernommen.

Es kommt zur Abstimmung über den endgültigen Antrag.

Bei einer Nein-Stimme und vielen Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

TOP 11: Antrag Fachschaftsvernetzung

Daniel Lentfer stellt den Antrag vor.

Es gibt einige Nachfragen, sowie Debattenbeiträge.

Änderungsantrag von Daniel Lentfer:

Ersetzen von „zeitnah“ im Beschlusstext durch „im aktuellen Jahr“.

Abstimmung über den Änderungsantrag.

Es stimmen 15 Stimmen dafür, 18 dagegen und keine Enthaltungen.

Änderungsantrag von Thomas Scholz:

Ersetzen von „hat“ im Beschlusstext durch „wird aufgefordert“.

Streichung des letzten Absatzes in der Begründung.

Der Änderungsantrag wird von den Antragsteller_innen übernommen.

Abstimmung über die Endfassung des Antrages. Der Antrag wird mit wenigen Enthaltungen angenommen.

TOP 12: Antrag zu Studienfinanzierung

Der Antrag wird von Daniel Lentfer vorgestellt. Sebastian Naujoks hält die Gegenrede.

Es gibt verschiedene Debattenbeiträge.

Änderungsantrag von Golnar Sefherna:

An Ende des Antrages einfügen: „ Es fordert die Ausweitung des BAföG zum elternunabhängigen Vollzuschuss mit deutlich erhöhten Monatssätzen.“

Wird von den Antragsteller_innen übernommen.

Änderungsanträge von Till Petersen:

Einfügen im 2.Satz hinter „und ein schwerpunktmäßig auf“ von „auf das ideologisch Konstrukt von“.

Wird von den Antragsteller_innen nicht übernommen.

Es kommt zur Abstimmung, es gibt 11 Stimmen dafür, 16 dagegen und 6 Enthaltungen.

Die Antragsteller_innen fügen „sogenannte“ an derselben Stelle ein, außerdem setzen sie Begabung in Anführungsstriche.

Ersetzen von „sozial schwächeren“ durch „sozial Benachteiligte(n)“ an allen Stellen im Antrag.

Wird von den Antragsteller_innen übernommen.

Änderungsantrag von Daniel Bassen:

Streichung des Absatzes von: „Das der Bundesrat direkt vor dem...bis sondern um Elitenförderung geht.“

Der Änderungsantrag wird nicht übernommen.

Es kommt zur Abstimmung, es gibt 9 Stimmen dafür, 15 dagegen und 7 Enthaltungen.

Es wird über die Endfassung des Antrages abgestimmt.
*Es gibt 15 Stimmen dafür, 10 dagegen und 10 Enthaltungen.
Damit ist der Antrag angenommen.*

TOP 13: Antrag zum Templiner Manifest

Jan Vahlenkamp stellt den Antrag vor.

Thomas Scholz stellt einen Alternativvorschlag vor.
Er will das Templiner Manifest als Diskussionsgrundlage nehmen.

Änderungsantrag von Thomas Gniffke:

Einfügen hinter die Beschlussvorlage von:

„ Das Studierendenparlament unterstützt insbesondere die Forderungen aus dem Templiner Manifest:

- Mehr unbefristete und sozialversicherungspflichtige Stellen
- Mehr mögliche Wege in wissenschaftliche Berufe einzusteigen
- Eine familiengerechte Gestaltung der Arbeitsverhältnisse
- Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis
- Ein Ausbau der Rechte der gewählten Personalvertretungen und Betriebsräte

Der Änderungsantrag wird von den Antragsteller_innen übernommen.

Thomas Scholz zieht seinen ersten Alternativvorschlag zurück.

Ersetzungsantrag von Thomas Scholz:

„Das Studierendenparlament unterstützt öffentlich das Templiner Manifest.“

Es kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Es stimmen 17 dafür, 13 dagegen und 6 Enthalten sich.

Es kommt zur Abstimmung über die endgültige Vorlage.

Der Antrag wird mit wenigen Enthaltungen angenommen.

TOP 14: Antrag Geld ist genug da

Till Petersen stellt den Antrag vor. Der Antrag wird ersetzt um folgendes::

„ Das Studierendenparlament ruft die Mitglieder aller Gruppen der Universität auf, sich an den stadtweiten Aufklärungs-Aktivitäten gegen das Kürzungsprogramm des Senats der Stadt Hamburg zu beteiligen. Insbesondere begrüßt das Studierendenparlament die Ankündigung des Akademischen Senats und des Präsidiums zur Demonstration am 16. Dezember 2010 aus Anlass der Einbringung des Haushaltsplans des Senats in die Bürgerschaft einen „dies academicus“ auszurufen.

Das Studierendenparlament fordert den Senat auf, von den bisher geplanten Kürzungen vollständig abzusehen.

- Die konjunkturell erhöhten Steuereinnahmen sollen vorrangig zur Förderung von Sozialem, Bildung und Kultur eingesetzt werden.
- Der Senat soll 200 Steuerprüfer einstellen, die gewährleisten, dass besonders groß dimensionierter Steuerbetrug abgestellt wird.
- Der Senat soll sich bundesweit dafür einsetzen, dass zügig eine Besteuerung großer Vermögen wieder eingeführt wird.“

Änderungsantrag von Thomas Scholz:
Streichung der letzten zwei Spiegelstriche

Es gibt eine Diskussion über den Änderungsantrag.

Änderung der Antragsteller_innen an ihrem eigenen Antrag:
Änderung des Teils hinter „von den bisher geplanten Kürzungen vollständig abzusehen.“ wie folgt:

„Die konjunkturell erhöhten Steuereinnahmen sollen vorrangig zur Förderung von Sozialem, Bildung und Kultur eingesetzt werden. Der Senat soll 200 Steuerprüfer einstellen, die gewährleisten, dass besonders groß dimensionierter Steuerbetrug abgestellt wird und sich bundesweit dafür einsetzen, dass zügig eine Besteuerung großer Vermögen wieder eingeführt wird, damit die Förderung von Sozialem, Bildung und Kultur weiter ausgebaut werden kann.“

*Abstimmung über den Änderungsantrag von Thomas Scholz.
Es stimmen 18 dafür, 15 dagegen und es gibt 1 Enthaltung.*

Abstimmung über den gesamten Antrag. Der Antrag wird mit wenigen Enthaltungen angenommen.

TOP 15: Antrag HVV

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Thomas Scholz. Es gibt Gegenrede von Thomas Gniffke.

Es stimmen 20 dafür, 14 dagegen und es gibt keine Enthaltungen.

Der Antrag wird von Florian Steen vorgestellt.

Es liegen mehre Änderungsanträge von Liste LINKS, harte Zeiten und Fachschaftsbündnis vor.

1. Streichung von I. und II.

Der Antrag wird von Golnar Sephernia eingebracht.

Der Antragsteller übernimmt den Antrag nicht.

Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich angelehnt.

2. Einfügen des Absatzes
„ 1. Politik
Der jetzige und ...“ hinter II.

Der Änderungsantrag wird von Till Petersen vorgestellt. Silvan Ohlendorf hält Gegenrede.

Abstimmung über den Änderungsantrag. Es stimmen 15 dafür, 17 dagegen und es gibt 3 Enthaltungen. Damit ist der Antraag abgelehnt.

Silvan Ohlendorf gibt zu Protokoll: „Daniel ist naturstoned.“
Till Petersen gibt zu Protokoll: „Naturstoned Menschen sind mir nicht unsymphatisch.“

2. Einfügen des Absatzes
„ 2. Kurzfristig...“ hinter II.

Till Petersen stellt den Antrag vor. Es gibt formale Gegenrede von Florian Steen.
*Es kommt zur Abstimmung.
Es gibt 15 Stimmen dafür, 18 dagegen und 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.*

2. Einfügen des Absatzes
„ 3. Preis...“ hinter II.

Golnar Sephernia stellt den Antrag vor. Florian Steen hält formale Gegenrede.
Es kommt zur Abstimmung. Es gibt 15 Stimmen dafür, 18 dagegen und 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

2. Einfügen des Absatzes
„ 4. Soziales...“ hinter II.

Golnar Sephernia stellt den Antrag vor.

GO-Antrag von Till Petersen auf 2 Pro- und 2 Contra-Reden. Timo Hempel hält formale Gegenrede.
Es kommt zur Abstimmung. Es gibt 14 Stimmen dafür, 19 dagegen und 5 Enthaltungen.

Florian Steen hält formale Gegenrede.

Es kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Es kommt zur Abstimmung über den gesamten Antrag. Es gibt 16 Stimmen dafür, 16 dagegen und 4 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

TOP 16: Antrag Demo Leerstand zu Wohnraum

Jan Vahlenkamp stellt den Antrag vor.

GO-Antrag von Sebastian Naujoks auf Nichtbehandlung.

Till Petersen hält Gegenrede.

Es kommt zur Abstimmung. Es stimmen 15 dafür, 17 dagegen und es gibt 1 Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 17: Antrag Sparpaket (SDS)

Florian Richter stellt den Antrag vor.

GO-Antrag von Thomas Scholz auf Nichtbehandlung. Es gibt Gegenrede von Till Petersen. *Es kommt zur Abstimmung. Es stimmen 19 dafür, 11 dagegen und es gibt 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.*

Top 18: Verschiedenes

GO-Antrag von Tobias Weber auf Abbruch der Sitzung.
Der GO-Antrag wird zurückgezogen.

Es gibt eine Debatte über das Verfahren zum A-Ref.

GO-Antrag von Timo Hempel auf Abbruch der Sitzung. Katja Weiden hält die Gegenrede. Der Antrag wird mit wenigen Nein-Stimmen, vielen Enthaltungen abgelehnt.

Die Sitzung wird um 23:25 Uhr beendet.

